

Antrag 16/I/2026

Jusos Brandenburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Für einen handlungsfähigen Staat - Verwaltungsdigitalisierung ernst nehmen.

1 Die SPD-Landtagsfraktion und
2 die Landesregierung setzen sich
3 dafür ein, dass Kommunen und
4 die Landesregierung gemeinsam
5 an Open-Source Regelungen
6 zur Sicherung der digitalen Sou-
7 veränität in der öffentlichen
8 Verwaltung arbeiten. Diese Maß-
9 nahme soll eine landeseigene
10 Digitalisierungsstrategie ergän-
11 zen und die Umsetzung des
12 Onlinezugangsgesetzes (OZG)
13 unterstützen.

14 Gleichzeitig soll die Landesregie-
15 rung einen Aktionsplan erarbei-
16 ten, wie die bisher digitalisierten
17 Verwaltungsleistungen vom Rei-
18 fegrad 1 und 2 bis 2029 in die Rei-
19 fegrade 3 und 4 überführt wer-
20 den können. Anschließend soll die-
21 ser Aktionsplan an den bisher be-
22 stehenden Kommunalpakt Bran-
23 denburg.

24

25 Begründung

26 Bürger*innen kommen mit dem
27 Staat meist dann in Kontakt,

Digitalminister: Ist gerade im Ver-
waltungshandeln und würde die-
ses Programm von vorne laufen
lassen

28 wenn sie Leistungen in Anspruch
29 nehmen – etwa beim Besuch des
30 Bürgeramts. Zentraleuropäische
31 Verwaltungskulturen sind aus
32 gutem Grund stark reguliert und
33 legalistisch geprägt: Sie dienen
34 dem Schutz vor Willkür und si-
35 chern die Legitimität staatlichen
36 Handelns.

37 Allzu häufig endet der Gang ins
38 Bürgeramt jedoch in Frustrati-
39 on. Formulare sind nicht kor-
40 rekt ausgefüllt, Nachweise feh-
41 len oder entsprechen nicht den
42 Anforderungen. Bereits ausgelas-
43 tete Termin-Kontingente müssen
44 erneut in Anspruch genommen
45 werden. Bürger*innen erleben
46 staatliche Institutionen dabei oft
47 als starr und unflexibel – und die
48 Verwaltung als überbordend.

49 Eine Demokratie kann es sich je-
50 doch nicht leisten, nicht als die-
51 nendes und lebensvereinfachen-
52 des System wahrgenommen zu
53 werden. Eine funktionierende, ef-
54 fiziente Verwaltung in jeder Kom-
55 mune ist daher zentral, um das
56 Vertrauen in staatliches Handeln
57 zu stärken.

58 Mit Blick auf die Umsetzung
59 des Onlinezugangsgesetzes
60 (OZG) zeigen sich bundesweit
61 erhebliche Unterschiede. Neben

62 Baden-Württemberg schneiden
63 auch die ostdeutschen Bundes-
64 länder im Vergleich zu anderen
65 Ländern bei der Digitalisierung
66 von Verwaltungsleistungen un-
67 terdurchschnittlich ab. Auch
68 innerhalb Brandenburgs be-
69 stehen deutliche Differenzen
70 hinsichtlich der seit Inkraft-
71 treten des OZG im Jahr 2017
72 digitalisierten Leistungen.

73 Die Kommunen stehen dabei vor
74 vielfältigen Herausforderungen.
75 Häufig werden Digitalisierungs-
76 strategien isoliert entwickelt und
77 zu wenig koordiniert gedacht.
78 Um Kompetenzen zu bündeln
79 und eine effektivere Verwal-
80 tung zu ermöglichen, braucht
81 es deshalb einen landesweiten
82 Digitalisierungs-Aktionsplan.

83 Nach Schätzungen des ifo Insti-
84 tuts gehen der deutschen Wirt-
85 schaft jährlich rund 146 Milliar-
86 den Euro durch überbordende
87 Bürokratie verloren. In Zeiten an-
88 gespannter Haushaltslagen ist ei-
89 ne vernachlässigte Verwaltungs-
90 digitalisierung ein Luxus, den sich
91 keine zukunftsorientierte Regie-
92 rung leisten kann.

93 Die Jusos Brandenburg schlagen
94 daher vor, im Rahmen eines sol-
95 chen Aktionsplans eine gemein-

96 same Konferenz von Land und
97 Kommunen einzurichten, um ko-
98 ordiniert und abgestimmt vorzu-
99 gehen.

100 Der aktuelle Stand der OZG-
101 Umsetzung verdeutlicht den
102 Handlungsbedarf: Rund 70
103 Prozent der digitalisierten Ver-
104 waltungsleistungen befinden sich
105 im Reifegrad 2. Das bedeutet,
106 dass Anträge zwar online gestellt
107 werden können, erforderliche
108 Nachweise jedoch häufig nicht
109 digital eingereicht werden kön-
110 nen. Lediglich etwa 30 Prozent
111 erreichen Reifegrad 3. Keine der
112 bisherigen Leistungen befindet
113 sich im Reifegrad 4.

114 Der Gang zum Bürgeramt lie-
115 ße sich in vielen Fällen vermei-
116 den, wenn Nachweise nur ein-
117 malig eingereicht und Leistun-
118 gen vollständig digital abgewi-
119 ckelt werden könnten. Dies wür-
120 de Bürger*innen entlasten, Ver-
121 waltungsprozesse beschleunigen
122 und das Personal in den Behör-
123 den spürbar entlasten.

124 Zugleich verändert sich das in-
125 ternationale Umfeld. Die USA
126 werden zunehmend als unzuver-
127 lässiger Partner wahrgenommen.
128 Unternehmen wie Microsoft un-
129 terliegen als US-amerikanische

130 Konzerne politischen Rahmen-
131 bedingungen, die sich kurzfristig
132 verändern können. Um strate-
133 gische Abhängigkeiten zu ver-
134 meiden, ist es daher notwendig,
135 gemeinsam mit europäischen
136 Partnern verstärkt auf europäi-
137 sche Open-Source-Lösungen in
138 der öffentlichen Verwaltung zu
139 setzen.